



**Finanzkrise**



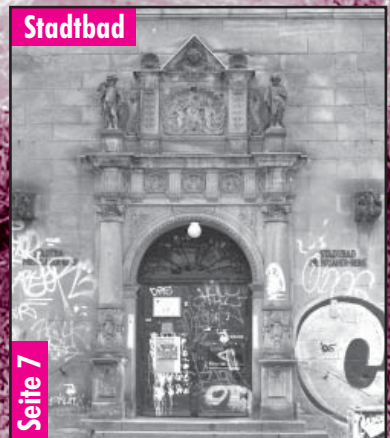
Seite 3/4

**ÖBS**



Seite 6

**Stadtbad**



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

## Die Vorletzte



12. November, so das war nun die vorletzte Sitzung unserer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in diesem Jahr. Die Tagesordnung war übersichtlich und ließ auf einen zügigen Ablauf hoffen. Doch auch in der Fröbelstraße gibt es Pferde und Apotheken. Also, wartete ich.

Für die 19. Tagung der BVV hatte die Linksfraktion wieder einige Anträge vorbereitet. Manche waren so gut, dass sie bereits auf der Konsensliste standen und von allen Fraktionen durchgewunken wurden, so zum Beispiel unsere Anträge „Für den Verbleib der Tucholsky-Bibliothek im Verbund öffentlicher Bibliotheken“, „Ausstellung über schwulenfeindliche Gewalt präsentieren“ und „Internetauftritt der Beauftragten für Integration auf den Seiten des Pankower Bezirksamtes verbessern“.

Dann starteten wir mit dem Bericht aus dem Bezirksamt. Der Bürgermeister Köhne (SPD) teilte unter anderem mit, dass das mit Recht ständig in der Kritik stehende „Weiße Blumenseer Blumenfest“ im nächsten Jahr nicht ausgeschrieben, sondern durch die Weißenseer Bürgerschaft organisiert und an einem anderen Ort

durchgeführt werden wird. Unerwartete Diskussionen gab es zu unserem Antrag zur Teilnahme am Wettbewerb „Klimakommune 2009“. So vermittelte Herr Brenn (B'90/DIE GRÜNEN) mehrere Minuten den Eindruck, dass seine Fraktion dem Antrag zustimme. Erst am Schluss stellte sich heraus, dass er zwar für grüne Politik warb, aber nicht für den Antrag. Sehr verwirrend.

Manchmal muss aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit siegen. So stimmte ich natürlich unserem Tempo-Limit-Antrag auf Straßen, auf denen ich viel lieber 60 als 30 fahren würde, zu. Heimlich fand ich auch die Vorstellung von Riesenkirchen toll. Wie wenig Kerne man da im Mund hätte. Doch zum Thema „Gentechnikfreie Region Pankow“ sprach Wolfram Kempe von der Linksfraktion und erklärte, warum das Schwachsinn ist.

Längeren Gesprächsbedarf gab es auch zu unserem Linksfraktionsantrag „Verbesserung der Stellung selbständiger KünstlerInnen und PublizistInnen im JobCenter.“ Auch wenn die Formulierungen vielleicht etwas schwierig geraten waren, so

war das Missverständnis der FDP nicht nachzuvollziehen. Sie forderte: Keine gesonderten Heraushebungen von Berufsgruppen. Da hatte der Kollege wohl den Begriff „Gleichstellung“ falsch verstanden und angewendet.

Detaillierter kann man unsere Anträge, auch den letzten auf der Tagesordnung „Elektronischer Reisepass mit biometrischen Daten (ePass)“, im nächsten Infoblatt der Fraktion oder auf der Website nachlesen.

Ansonsten trugen auch folgende Sätze sehr zur Unterhaltung bei. Wolfram Kempe zum Bürgermeister: „Falls Sie mich hinter einem Busch verstecken wollen, möge er breit genug sein, sonst gucken Teile von mir an beiden Seiten raus!“ Herr Dr. Lengsfeld (CDU) forderte dagegen alle auf „hart am Bürger“ zu sein. Enttäuschend ruhig war hingegen Frau Remlinger (B'90/DIE GRÜNEN). Letztens verwendete sie, im Zusammenhang mit sinnlosen FDP-Anträgen das böse Sch...-Wort. Spätestens da wurden alle Anwesenden wach.

*Gabi Kuttner*  
Bezirksverordnete

## Risiken und Nebenwirkungen



Angesichts der Pankower Haushaltsmisere wundert es schon, dass sich der Ausschuss für Finanzen, Immobilien und Personal der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) in dieser Wahlperiode stolz Hauptausschuss nennt und damit Gefahr läuft, mit jenem Ungewöhnlichem verwechselt zu werden, das in Berlin der wahre Lenker der Haushaltspolitik ist.

Obwohl oder weil der echte Hauptausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus die Bezirke eher nachlässig behandelt und damit dem Schalten und Walten des Finanzsenators Sarrazin (SPD) Tür und Tor öffnet, erweist er sich als unermüdlicher Arbeitgeber, der dafür sorgt, dass uns in Pankow die Zeit nicht lang wird. Endlose Tagesordnungen, Sonder Sitzungen und Anhörungen sind die letzten verbliebenen Mittel, um angesichts einer aussichtslosen Lage Einfluss und Gestaltungswillen der Bezirksverordneten zu behaupten.

So konnte sich der Pankower Ausschuss im letzten Jahr gleich mehrfach und über lange Stunden mit dem Bezirkshaushalt und seiner unmöglichen Konsolidierung beschäftigen. Der Nachtragshaushalt für 2009 ist das bisher letzte Ergebnis dieser Bemühungen, die nun mit einer Haushaltssperre quitiert werden.

Keine Sitzung vergeht, ohne dass sich die Mitglieder des Finanzausschusses in die geheimnisvolle Welt der Kosten- und Leistungsrechnung sowie der darauf beruhenden Produktsummenbudgetierung begeben, um hier nach den vermeintlichen Quellen des Pankower Elends zu suchen.

Aber alles Wühlen in den betriebswirtschaftlichen Surrogaten verstärkt nur die große Ratlosigkeit. Was ist nur los mit unseren Produkten? Sind es zu viele oder zu wenig? Produziert die Verwaltung zu teuer oder wurde einfach nur falsch ab-

gerechnet? Und immer gibt es einen anderen Bezirk, der besser ist als wir. Die einzige Erkenntnis, die als einigermaßen gesichert gelten kann, lautet: Weniger Leisten bringt mehr (Klingt für ältere Menschen irgendwie vertraut. Schwedter Initiative?). Und so sehen dann auch die vielen anderen Themen aus, die den Ausschuss beschäftigen: Personaleinsparungen, Bibliotheksschließungen, Musikschullehrer und Wartelisten, fehlende Investitionen und Baumittel für Schulen und Kitas usw. Lichtblicke sind da allenfalls Anhörungen zum Bürgerhaushalt, Beschlüsse zu Solardächern, die keiner bauen will, das erfolgreiche Gehwegvorstreckungsprogramm des Tiefbauamtes mit freundlicher Unterstützung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das Life-Science-Center in Buch mit seinen erwartbaren Haushaltsrisiken.

*Burkhard Kleinert*  
Bezirksverordneter

Das Interview

# Finanzkrise – Die Zeit drängt

extraDrei sprach mit Dr. Klaus Lederer, Vorsitzender DIE LINKE Berlin und Mitglied im Abgeordnetenhaus.

**Thema Nummer eins in den letzten Wochen ist die weltweite Krise des Finanzsystems. Worin siehst Du die Ursachen dafür und welche globalen Auswirkungen sind zu erwarten?**

Konkreter Anlass war der Ausfall von spekulativen Krediten und Wertpapieren am US-Hypothekenmarkt. Politik und Finanzinstitutionen haben über Jahre ein spekulatives Risiko in Billionenhöhe befördert, das im hoch vernetzten Finanzmarkt breit gestreut war.

In diesem Schneeballsystem werden aber immer neue Kredite gebraucht, als „Schmiermittel“ für diese Spekulationen, sonst stockt der Prozess. Die blieben aber aus und die vorhandenen Schuldner konnten ihre Kredite nicht mehr bedienen. Als das Platzen der Spekulationsblase offenbar wurde, traf das alle beteiligten Banken.

Erst waren die Kredithähne auf Anschlag geöffnet, nun wurden sie schlagartig zugekehrt. Niemand lieb keinem mehr einen Dollar. Jetzt erleben wir, dass andere Sektoren der Ökonomie – so die Realwirtschaft – von dieser Krise „infiziert“ werden.

Die internationale Ökonomie ist ein dichtes und eng verflochtenes Netz, das insgesamt von der Krise erfasst wird. Wir sind in einer Rezession.

**Die Bundesregierung stützt die Finanzwirtschaft mit einem Rettungspaket von rund 500 Milliarden Euro. Die LINKE im Bundestag hat dieses Paket abgelehnt. Warum eigentlich?**

Weil der Bund nicht genug unternimmt, um diese Stützung mit ausreichendem Einfluss auf die Geschäftspolitik des Finanzsektors und dessen Regulierung zu verbinden. Das ist eine Blankogarantie.

**Mit 500 Milliarden Euro könnte man an jeden Hartz IV-Empfänger rund 74.000 Euro oder jedem Bundesbürger acht Monate**

**lang ein Grundeinkommen von 700 Euro zahlen. Warum gibt es plötzlich soviel Geld, obwohl kaum etwas für soziale Zwecke da ist?**

Vorerst fließt das Geld nicht, es wird garantiert. Abgerechnet wird am Ende. Zur Stützung an sich gab es kaum eine Alternative: Die Finanzakteure haben das Erpressungspotenzial, staatliche Eingriffe zu erzwingen. Eine Krisenausweitung trifft vor allem diejenigen, die keine Alternativen haben: abhängig Beschäftigte, Klein- und Mittelständler, hilfebedürftige Menschen. DIE LINKE steht für die steuerliche Belastung der großen Vermögen, um soziale Politik und Konjunkturstützung zu ermöglichen. Finanzspekulationen müssen dagegen verhindert werden.

**Wie können die Leid tragenden Kleinanleger und Sparer vor Spekulanten und Risikogeschäften besser geschützt werden?**

Es müssen die Verbraucherzentralen gestärkt werden. Ansonsten ist immer gut beraten, wer der Werbung für exorbitante Renditemargen ohne Risiken nicht glaubt.

**Kommissar Ehrlicher alias Peter Sodann und Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten will korrupte Bankmanager verhaften lassen. Ist das ein gangbarer Weg?**

Es geht nicht zuerst um strafrechtlich relevantes Fehlverhalten Einzelner, sondern vor allem um ein systemisches Versagen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus - verursacht durch Politik und Geschäftswelt. Dagegen muss etwas unternommen werden. Dazu können auch Strafvorschriften dienen, aber nicht rückwirkend.

**Auch die Bundesländer werden zur Finanzierung des Rettungspaketes einen hohen Milliardenbeitrag beisteuern müssen. Was kommt da auf den Berliner Landeshaushalt zu? Gibt es zwischen SPD und LINKE in Berlin dazu Konsens?**

Berlin hat eine strikte Risiko-

grenze erkämpfen können. Statt zunächst 7 Milliarden Euro wird Berlin schlimmstenfalls 288 Millionen Euro tragen. Das ist ein großer Erfolg.

**Jetzt rufen auch konservative Politiker nach einem starken Staat, der die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ankurbeln soll. Sind neoliberale Ideologien damit ad absurdum geführt?**

Zwischen Phasen blinden Marktglaubens gab es nach Krisen im-



mer wieder mal Nachdenken. Das ändert nichts daran, dass daraus bisher nicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden: eine strikte Kontrolle und Einbettung des Wirtschaftsgeschehens in das politisch-ökonomische System.

Auch jetzt bin ich nicht euphorisch, was das betrifft. Die Katastrophe zeigt aber, dass „der Markt“ allein überhaupt nichts regelt. Es braucht immer politischen Druck, damit etwas passiert.

**Marx' Buch „Das Kapital“ ist in den letzten Wochen zum heiß begehrten Bestseller geworden. Erfüllt sich damit eine linke Prophezeiung?**

Es ist gut, wenn wieder mehr gelesen und nachgedacht wird. Das „Kapital“ ist eine ausgezeichnete Lektüre. Entscheidend ist für mich - mit Marx' Wort aus den Feuerbachthesen -, dass die Welt nicht nur interpretiert, sondern verändert wird. Die Zeit drängt.

Interview:  
Andreas Bossmann

Finanzkrise

# Keine Brandstifter zu Feuerwehrmännern



Die Finanzkrise weitet sich immer mehr zu einer Weltwirtschaftskrise aus. Eine schwere Rezession mit ansteigender Arbeitslosigkeit und Einkommensrückgängen steht bevor. Die Krise ist zugleich eine Krise der Demokratie, der Wirtschafts- und Sozialordnung.

Die Fraktion DIE LINKE hat im Bundestag die rasche Behandlung des Rettungspakets der Bundesregierung für die Banken unterstützt, aber dem Gesetzestext die Zustimmung verweigert. Gründe hierfür sind der weitgehende Ausschluss parlamentarischer Kontroll- und Informationsrechte, die Desinformationspolitik durch die Regierung und ihre massive Mitverantwortung sowie ihrer rot-grünen Vorgängerin für die Krise.

Seit Jahren folgt die Finanzmarktpolitik mit der aktiven Förderung von Deregulierung und Liberalisierung einem wirtschaftsliberalen Credo. Dies setzt sich im aktuellen Krisenmanagement fort. Beispielsweise sind im Rettungsplan keine

angemessenen Gegenleistungen für die staatlichen Hilfen oder Beteiligung des gesamten Finanzsektors an den finanziellen Lasten vorgesehen. Am Ende werden die Steuerzahler die Zeche für maßlose Spekulation und überhöhte Gewinnansprüche zahlen.

DIE LINKE im Bundestag hat Forderungen zur Überwindung der Finanzkrise und deren Ursachen formuliert. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Einrichtung eines von den privaten Finanzinstituten gespeisten Sicherungsfonds, Rücknahme der Zulassung von Hedge-Fonds, Beschränkung der Banken auf das Einlagen- und Kreditgeschäft, Verbot der Devisenspekulation, Aufbau von öffentlichen Rating-Agenturen, verschärfte Haftung von Managern, Eindämmung von Steuerhinterziehungsmöglichkeiten und Einführung von Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren.

Im Zentrum steht für uns die wachsende gesellschaftliche Ungleich-

heit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Dies hat die Spekulation und die Suche nach kurzfristigen Renditemöglichkeiten über windige Finanzmarktinstrumente angeheizt.

Dagegen fordern wir schon seit langem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Beschränkung der ausufernden Managervergütungen.

Aktuell stehen für uns Forderungen nach einer engen internationalen Zusammenarbeit auch mit den Schwellen- und Entwicklungsländern im Vordergrund und der Einsatz für ein Konjunkturprogramm, was diesen Namen auch verdient. Nur eine grundlegende Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einer Umverteilung von Reichtum kann die Ursachen der Finanzkrise überwinden.

*Barbara Höll*

Mitglied des Bundestages

Mehr Information unter: <http://www.linksfraktion.de/finanzkrise.php>

## Willkommen im Casino



Die Finanzkrise empört und schockiert. Aber wie funktioniert sie eigentlich? Im Fall der aktuellen Krise ist es die Kreditfinanzierung von Millionen Einfamilienhäuschen in den USA, die das Spekulationsrad in Gang setzte. Damit die Wette auf immer weiter steigende Grundstücks- und Hauspreise funktionierte, die dem Geschäft ihre scheinbare Sicherheit verlieh, war ein steter Nachschub von Nachfrage und Kreditnehmern erforderlich. Aus diesem Grund wurde das Hypothekenkreditgeschäft in den USA immer stärker ausgeweitet und derartige Kreditgeschäfte auch mit Millionen Kunden gemacht, die sich den Hauskauf objektiv nicht leisten konnten. Keine Sicherheiten? Kein Einkommen? Kein Problem! Die im Zuge der allgemeinen Spekulation immer weiter steigenden Werte der Grundstücke und Häuser selbst genügten als Sicherheit. Allerdings reichten selbst geringfügig steigende Zinssätze aus, um die bedauernswerten

Kreditnehmer massenhaft in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben und damit die überaus optimistischen Marktprognosen als Grundlage der spekulativen Wetten innerhalb kürzester Zeit in ihr Gegenteil zu verkehren. Panik erfasste den US-Immobilienmarkt.

Der flächendeckende Ausfall von Immobilienkrediten wäre ein bedeutsames, regionales Phänomen geblieben, wenn nicht ein Element hinzugesetzt wäre, mit dem sich diese Krise von vorangegangenen qualitativ unterscheidet: Neu ist, dass die maladen US-Immobilienkredite zu handelbaren Wertpapieren zusammengefasst und über die internationalen Kapitalmärkte an andere Banken und Fonds verkauft wurden. Gewissermaßen eine internationale Spekulation auf die US-Immobilienpekulation. Im entwickelten Casino- und Finanzkapitalismus wird eben „Alles“ handelbar – auch potentiell notleidende Immobilienkredite. Auf diesem



Wege verteilt sich das „Problem“ über den gesamten internationalen Finanzmarkt. Und zwar in der beispiellosen Dimension von mehreren Billionen Dollar.

Während nun die Weltwirtschaft vor einer tiefgreifenden Rezession steht und der Staat als letzte handlungsfähige Instanz das Funktionieren der Finanzwirtschaft mit Steuergeldern garantieren muss, gibt es eine Gewissheit: Ohne umfassende politische Regulation der entfesselten Finanzmärkte, ohne strenge internationale Aufsicht und das Verbot bestimmter spekulativer Finanzprodukte kommt die nächste große Krise – lange bevor die aktuelle bewältigt ist.

*Carl Wechselberg*

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Pankow vor dem Ruin

## Pankow künftig fremdbestimmt

Am 11.11. pünktlich zu Beginn des Karnevals teilte die Senatsverwaltung für Finanzen dem Bezirk mit, dass Pankow ab Januar 2009 unter vorläufige Haushaltswirtschaft gestellt wird. Wer dies bisher für einen karnevalesken Scherz hielt, hat spätestens seit dem Rundschreiben des Bürgermeisters die bittere Realität vor Augen.

Da in dem von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossenen Ergänzungsplan 2009 nicht untergesetzte Kürzungen in Höhe von 6.190.400 Euro enthalten sind, hat die Senatsverwaltung dem Ergänzungsplan nicht zugestimmt. Das Defizit kam auch zustande, weil der Senat den Bezirken regelmäßig zu wenig Geld überweist. Insoweit ist es keine Überraschung, dass die Senatsfinanzverwaltung die Vorlage des Bezirkes an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses nicht mitzeichnen wird. Neu aber ist, dass sie die Entscheidung des Abgeordnetenhauses abwarten will. Aber wer denkt, dass bis zur

Entscheidung des Hauptausschusses nichts passiert, der irrt.

Noch vor der Entscheidung wurden von der Finanzverwaltung gleich vorab für den Bezirk weit reichende Regelungen getroffen, die Pankows Bürgermeister Köhne (SPD)



auch aufgegriffen hat. Letztlich setzt er leider nur das um, was vom Gesetzgeber und Abgeordnetenhaus dem Bezirk per Beschluss bis dahin auferlegt wurde.

Konkret heißt dies bereits jetzt, dass nur in absoluten Ausnahmefällen Verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2009 eingegangen werden dürfen. Alle freien und frei werdenden

Stellen werden gesperrt. Honorarmittel werden nicht mehr gezahlt. Die Personalsituation im Bezirk ist bereits jetzt in ihren Auswirkungen für die Aufrechterhaltung der soziokulturellen Einrichtungen und Angebote im Bezirk katastrophal, nicht zuletzt durch die bereits erfolgten harten Einsparungen in den letzten Jahren.

Welches Ausmaß an Einsparungen Pankow nach der politischen Entscheidung im Abgeordnetenhaus die nächsten Jahre wirklich trifft, mag und kann ich mir nicht vorstellen. Bisher steht noch nicht fest, aber es ist auch nicht damit zu rechnen, dass ein „Sparkommissar“ von der Senatsfinanzverwaltung nach Pankow geschickt wird. Es wäre kein wirklicher Trost, aber dafür ehrlicher. Denn letztlich müssen unsere Stadträte und wir die Entscheidung, die auf Landesebene gegen Pankow getroffen wurde gemeinsam verantworten.

*Katja Haese*  
Bezirksverordnete



## Chronische Unterfinanzierung wird normal

Der Ergänzungsplan für den Pankower Haushalt 2009, so wie ihn die BVV beschlossen hat, verzichtete weitgehend auf zusätzliche dramatische Einsparungen im Jugendbereich.

Zwar gab es Begehrlichkeiten des Bezirksbürgermeisters von der SPD, mit denen er sich aber nicht durchsetzen konnte. Was sich zunächst positiv anhört, ist es durchaus nicht.

Das Jugendamt und die von ihm verantworteten Bereiche sind in den vergangenen Jahren bereits über die Schmerzgrenze hinweg zusammengespart worden. Da war nichts mehr zu holen.

Deutlichstes Zeichen: Die Überlastungsanzeigen der Mitarbeiter häufen sich.

Die Fallzahlen im Bereich der Hilfen zur Erziehung nehmen wieder zu. Weniger Mitarbeiter müssen mehr Fälle bearbeiten. Und auch wenn notwendige Hilfen selbstver-

ständiglich nicht versagt werden, so sitzt der Kostendruck doch allen im Nacken und bleibt gewiss nicht ohne Einfluss auf Entscheidungen, die im Ermessen so oder auch anders aussehen können. Man muss nicht böswillig sein, um anzunehmen, dass im Zweifel nicht prophylaktisch die umfassendere Hilfe gewährt wird, sondern die preiswertere.

Neue Antworten auf neue Anforderungen im Bereich der Jugendhilfe können nur noch im Rahmen des Unabweisbaren realisiert werden. Innovative Ansätze, Einbindung externen Sachverständigen zur Qualifizierung der Angebote, Instandhaltung und Modernisierung der kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen, auskömmliche Sachmittelbudgets - all das bleibt auch künftig auf der Strecke, soweit es mehr als nichts kostet.

Obwohl wir mit rot-rot eine politische Konstellation in BVV und Bezirksamt haben, die es erlaubte, den

inhaltlichen Spitzenplatz der Pankower Jugendhilfe mit neuen Initiativen auch weiterhin zu gewährleisten, ist Untätigkeit eigentlich das Gebot der Stunde. Denn jeder Antrag in der BVV fordert das ohnehin überlastete Personal zusätzlich. Es bleibt ein Leben von der Substanz und Selbstaussbeutung der engagiertesten Mitarbeiter der kommunalen und freien Jugendhilfe. Davon gibt es viele.

Nur dank dieser Mitarbeiter ist es möglich, hier und da noch Neues zu entwickeln, wie die jüngst eröffnete Jugendfreizeiteinrichtung Mühlenstraße 24 in Pankow. Dort gelang es in fast alchimistischer Manier, ohne zusätzliches Personal und ohne jeden Sachmittelanlass eine neue Jugendeinrichtung in Betrieb zu nehmen. Wir nennen es Modellprojekt und hoffen doch, dass es keine Schule macht.

*Sören Benn*  
Bezirksverordneter



Referenzprojekte

## ÖBS bei Juventus e.V.

Der 1991 gegründete gemeinnützige Jugendförderverein Juventus e.V. hat sich über die Bezirke Pankow und Reinickendorf hinaus einen guten Namen gemacht. Mit seinen Projekten in den Bereichen der Jugendberufshilfe, der Jugendfreizeit und Jugendbildung wendet er sich an Kinder, Jugendliche, Eltern, Erzieher und Lehrer.



Jugendfreizeiteinrichtung „M 24“

Vielfältig sind seine Aufgaben und Ziele. Sie reichen von Freizeitangeboten, dem Service für benach-

teiligte Kinder und Jugendliche bis zur Bücher- und Kleiderbörse und Verkehrserziehung.

Seit Mai 2008 helfen vier Mitarbeiter auf der Basis des öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) im Bereich Multimedia, Jugendlichen einen vielfältigen Umgang mit den modernen Medien zu ermöglichen. Die Mitarbeiter im Alter von 45 bis 62 Jahren, ausgestattet mit entsprechenden Erfahrungen, unterstützen mit dem alternativen Betriebssystem Linux kommunale und freie Träger bei ihrer Arbeit.

Sie helfen bei der Beschaffung senats-eigener Hardware und bieten damit vielfältige Anwendungs- und Nutzungsmöglichkeiten. Die Mitarbeiter sind in der neuen kommunalen Jugendfreizeiteinrichtung „M 24“ in der Pankower Mühlenstraße 24 zu erreichen.

Mit dem ÖBS, einem von der Partei der LINKEN initiierten und im Koalitionsvertrag in Berlin verankerten Projekt, sind wie in anderen

sozialen Bereichen auch bei der Jugendförderung sozialversicherungspflichtige, Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse geschaffen worden. Für die Mitarbeiter erfüllt sich damit der Wunsch nach einer erfüllten und nützlichen Aufgabe und dem Verein ist die Möglichkeit gegeben, Projektarbeit längerfristig zu planen und anzubieten.

Bei allem Lob über Unterstützung und Hilfe für die Arbeit des Trägers sieht Juventus e.V. noch manche Barriere bei der Realisierung des ÖBS. Auch die Absicht, die Sachmittel für den Träger künftig zu kürzen, schränkt die Wirkung gemeinnütziger Arbeit ein und dürfte nicht im Interesse des ursprünglichen Anliegens des ÖBS sein.

Juventus e.V.  
Gehringstraße 39, 13088 Berlin  
Tel. 92799866  
[www.juventus-berlin.org](http://www.juventus-berlin.org)

Renate Tepper

## Lernen zu lernen

Im sanierten Gebäude der Klecks-Grundschule an der Brixener Straße im Tiroler Viertel in Pankow ist der Alltag zurückgekehrt. Die



Klecks-Grundschule Brixener Straße

Erstklässler erlebten ihre Schuleinführung in der neuen Aula, einem Mehrzweckraum, der entstanden ist aus dem Foyer und dem Musikraum.

Die Klecks-Grundschule ist die erste gebundene Ganztagschule

im Bezirk. Das heißt, für alle gibt es ein verpflichtendes Bildungsangebot bis zum Nachmittag, bestehend aus Unterricht und Wahlangeboten.

Für Musik, Kunstgestaltung, Bewegung und Sport, Informatik, Naturwissenschaft, Theater und Computer stehen Fachräume zur Verfügung. Auch Schülerküche und Schülerbibliothek sind vorhanden. Alle Klassenräume haben Zugang zum Internet. Die Sitzordnung variiert am Tage, je nach Zweckmäßigkeit. Die Schüler der ersten und zweiten Klasse haben längere Pausen - eine Stunde zu Mittag mit anschließender einstündiger Ruhezeit. Dafür steht der Theaterraum dann als Schlafräum zur Verfügung.

Das Mittagessen kostet monatlich 23 Euro. Die gebundenen Angebote werden auf eine Stunde begrenzt, damit den Schülern Zeit für individuelles und selbständiges Lernen und Spielen bleibt. Bewährt hat sich die Kooperation mit Musikschulen

und anderen Partnern. Das führt zu vielen Angeboten. Die Lehrer sind mit 28 Stunden Unterricht plus vier Springstunden, Elternberatung und anderen Tätigkeiten voll ausgelastet. Die Ganztagsbetreuung wird montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr und freitags bis 13 Uhr gewährleistet. Außerdem gibt es eine ergänzende Betreuung in der Zeit zwischen 6 bis 7.30 Uhr morgens und nachmittags zwischen 16 bis 18 Uhr, dafür wären drei Lehrer und zwei Erzieherinnen mehr wünschenswert.

Für technische Basteleien fehlt ein Werkraum. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass sich später für ingenieurtechnische Berufe zu wenig Schüler bewerben.

Endlich geht die Neugestaltung des Schulhofes weiter. Bürgerinnen und Bürger können die Schule auch durch Abgabe von alten Zeitungen und anderen Druckerzeugnissen finanziell unterstützen.

Hans Kaschade

Aus dem Bezirk

## Bedrohung oder Chance?

Es war schon ungewöhnlich, was da in der Brotfabrik Weißensee an einem trüben Novemberabend passierte. Eingeladen hatte Stefan Liebich zwei prominente Vertreter anderer Parteien zu einer Podiumsdiskussion. Zum einen war es Jürgen Trittin, MdB und Spitzenkandidat von Bündnis 90/ Die Grünen für die nächste Bundestagswahl und Björn Böhning, Chef des linken SPD-Zusammenschlusses „Demokratische Linke 21“. Der Saal war fast bis auf den letzten Platz gefüllt.

Die Chancen für Rot-Rot-Grün sind für 2009 so gut wie ausgeschlossen. Das war schon vor dieser Debatte klar. Allerdings wurde kein Bedrohungsszenario gemalt. Es ging vor allem um die politischen Unterschiede, in einigen Fragen gar Gegensätze, um die gestritten wurde. Auch das war vorauszusehen. Die Gemeinsamkeiten - Mindestlohn, Bürgerversicherung, längeres gemeinsames Lernen und anderes - spielten dann so gut wie keine Rolle.

Das Anliegen von Stefan Liebich war einleuchtend: Es gibt im Bundestag eine linke Mehrheit von SPD, LINKEN und Grünen, die aber nicht zu einer politischen Mehrheit geworden ist. Da muss man zumindest

miteinander reden und streiten können. Richtig! Interessant war, dass die Debatte von den Kontrahenten nicht nur gegen DIE LINKE geführt wurde, sondern durchaus „quer“. Beim Thema Finanzmarktkrise zum Beispiel waren sich Liebich und Trittin einig, dass der Finanzminister den Banken zu sehr freie Hand ließ und Einflussmöglichkeiten des Staates verschenkte. Dass hier Böhning „seinen“ Finanzminister ohne kritischen Akzent verteidigte, fand wenig Zustimmung.

In der Außen- und Sicherheitspolitik kam es zu einem Disput zwischen Liebich und Trittin. Liebich bezog klar Position: Völkerrechtswidrige Kriege wie den Krieg in Jugoslawien lehnt er prinzipiell ab, anderenfalls komme auch keine Regierungsteilnahme in Frage. Trittin argumentierte, dass Völkermord auch im Inneren eines Staates bzw. von der Staatsmacht betrieben auch etwas mit Völkerrecht zu tun habe. Er warf der LINKEN vor, zwar allgemein für die UNO zu sein, aber wenn es konkret wird, sie nicht zu unterstützen. Ein sofortiger Abzug der Truppen aus Afghanistan sei unverantwortlich.

Und auf die EU bezogen, kritisierte er DIE LINKE, weil sie den Vertrag

von Lissabon grundlegend ablehne, obwohl er viel besser sei als die Regelungen von Nizza. Er vergaß aber zu sagen, dass man Lissabon auch ablehnen kann, wenn Lissabon zwar besser, aber nicht gut genug ist.

Dennoch besteht hier noch Diskussionsbedarf in der LINKEN. DIE LINKE muss ihre pro-europäische Haltung deutlicher machen.

Leider wurde das Problem eines kulturellen Zusammenhangs von linken Kräften zu schnell verworfen. Es geht hier darum, möglichst unterschiedliche sozio-kulturelle Milieus zu einem linken Projekt zusammenzubinden. Dass es da schlechte Erfahrungen mit dem anfänglich „Rot-Grünen-Projekt“ unter Kanzler Schröder gibt, ist nachvollziehbar. Dennoch: Ohne eine gemeinsame politische Grundlage, die auch die verschiedenen Milieus zusammenbindet, wird es auch 2013 kein Rot-Rot-Grünes Regieren geben. Aber gegenwärtig gibt es ein anderes nicht kleineres Problem: Die anhaltende Krise der SPD. Die muss sie selbst lösen und zu einer sozialdemokratischen Politik zurückfinden.

*Horst Dietzel*  
Ortsverband Winsviertel

## Trauerspiel beim Stadtbad

extraDrei berichtete bereits über die wechselvolle Geschichte des Stadtbads Oderberger Straße. Zur Erinnerung: Eine Bürgerinitiative forderte die Wiedereröffnung des 1986 geschlossenen maroden Bades. Aus der Bürgerinitiative ging eine Genossenschaft hervor, die das Bad 2001 kaufte, nachdem die große Koalition in den 90ern nicht mehr in das Bad investieren wollte.

Im Sommer 2005 stellt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Sanierungsmittel von 5,1 Millionen Euro in Aussicht. Die Genossenschaft plante ein Bade- und Wellnessangebot mit Backpacker-Hotel. Die viel zu kurze Vorgabe der Senatsverwaltung: Innerhalb von zwei Monaten muss die Genossenschaft

einen Finanzierungsplan erarbeiten. Der Plan scheiterte.

Aber wie stellt sich die Situation heute dar? Leider trübe.

Anfang 2007 erwarb die Stiftung Denkmalschutz das Gebäude. Sie plante ein Bade- und Wellnessangebot mit 3-Sterne-Hotel. Wiederum stellte die Senatsverwaltung Mittel für die Sanierung in Aussicht. Diesmal 2,5 Millionen, aber nur unter der Bedingung, dass ein Festpreisangebot abgegeben wird, um ausufernde Kosten und einen Tempodrom-Skandal zu verhindern.

Doch zu früh gefreut: Die Stadtentwicklungsverwaltung „saß“ den im September 2007 eingereichten Antrag erst einmal bis Februar 2008 aus, um ihn letztlich unter faden-

scheinigen Gründen abzulehnen. Das gleiche Szenario wie 2005.

Im April 2008 verpachtete die Stiftung das Stadtbad an eine Event-Agentur. Im Sommer meldete die private Sprachschule GLS in der Kastanienallee ihr Interesse am Stadtbad an. Sie plant eine Mischung aus Übernachtungs- und Schulungsmöglichkeiten und – als Leckerli für die Privatkunden – die wiedereröffnete Schwimmhalle.

Die Stiftung droht nunmehr damit, das Bad Ende des Jahres an die Stadt zurückzugeben. Also wären wir wieder am Anfang dieses Trauerspiels.

Es ist Zeit, dass endlich das Land Verantwortung übernimmt.

*Hans-Joachim Wagner*



Das Letzte

# Peanuts



Abends in der Kneipe meines Heimatdorfes. Mein alter Freund Willi und ich tranken ein Bier, zum Nachspülen für den Korn. Wie bei Vorpommern üblich, reicht das eine Bier für den Abend und eine Flasche Korn. Mehr Bier geht nicht, das viele Wasser würde uns um Stunden zurückwerfen. Außer der uhrzeitlich schwer nachvollziehbaren, aber in Küstennähe den ganzen Tag geltenden, emotionsgeladenen Begrüßung „Moin, moin“ war lange Zeit kein Wort gefallen. Auch das ist hier üblich.

Nach zwei Stunden, jeder mit sich und Gedanken beschäftigt, die die Welt nachhaltig verändern könnten, zerstörte Willi dann doch die genussorientierte Stille. „Du kommst doch aus der Hauptstadt, da wussten sie doch früher auch alles und viel besser. Nun klär mich mal auf. Meine Aktien, meine letzten Reserven, kann ich wohl in den Ostseewind schreiben? Kann ich dann wenigstens meine Kredite gleich mit dazu schreiben?“ So der Willi.

Ich darauf: „Tja, wenn Du VW-Aktien gehabt und die rechtzeitig vertickt hättest, würdest Du jetzt wohl auf Mallorca sein und mir nicht solche Fragen stellen. Ohne VW-Aktien sieht's schon schlechter aus. Aber die Kurse werden auch wieder steigen. Nutze also die berühmte Gelassenheit und denke an das Motto, die Hoffnung stirbt zuletzt. Die Frage zu deinen Krediten ist dagegen klarer zu beantworten. Nein, Du kannst deinen Kopf nicht in den Ostseesand stecken und deine Kredite ab- oder in den Wind schreiben. Gut, Du könntest die Zahlungen einstellen. Dann haben wir es mit „faulen“ Krediten zu tun. Diese können von der Bank abgeschrieben werden. Dann verschwinden sie aus der Bilanz der Bank und vermindern den Gewinn. Nicht deinen, den der Bank, wenn dich das tröstet. Der Rechtsanspruch dir gegenüber bleibt aber selbst dann erhalten, wenn die Bank von einem Konkurrenten übernommen wird. Sorry, du bleibst im Geschäft“. Der Willi: „Das ist aber schon ungerrecht. Die Banker schaufeln Adolf - Hennecke - mäßig das Geld zum offenen Fenster hinaus und erhalten dafür Millionengehälter plus Aktivisten-Bonus und mit unseren Steu-

ergeldern wird noch dafür gebürgt, damit die „neuen Helden“ der Arbeit weiter ihre Schaufel mit dem Porsche transportieren können. Ich dagegen kann es drehen wie ich will, meine Schulden übernimmt niemand!“

„Tja Willi, Manager haben eine große Verantwortung und bekanntlich kann der, der mit Peanuts zahlt, nur Affen anlocken. Den Beweis des Umkehrschlusses, dass hochdotierte Banker somit keine Affen sein können, müssten allerdings manche von ihnen wohl erst erbringen. Aber wir sind ein freies Land, jeder kann hier Banker werden, warum also nicht auch Du. Immerhin meinte ein 72jähriger auch US-Präsident werden zu können.“

Die nächsten zwei Stunden dachte Willi wortlos nach, wahrscheinlich über die Finanzierung seines Wahlkampfes. Dann verabschiedete er sich mit dem üblichen „Moin, moin“ und der gemurmelten Frage: „Peanuts, bin ich nun ein Affe, oder was?“

Klaus Flemming

**Die Redaktion wünscht Ihnen und Euch schöne Weihnachten und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2009.  
Renate, Klaus, Andreas & Sandra**

## WANNWOWASWANNWOWASWANN

**03. Dezember** 19 Uhr  
Treffen der Pankower Delegierten zur Vorbereitung des Landesparteitages im Fraktionszimmer der Linksfraktion in der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

20 Uhr

Brot, Pop & Politik - Stefan Liebich und Gäste, diesmal: Verschollene Literatur – neu entdeckt. „Die Welt der kleinen Leute“ - Im Schützen-graben der Heimat von Friedrich Alexan, Erstausgabe Paris 1936. Nachdruck Mannheim 2008, Lesung und Gespräch in der Veranstaltungsreihe »Brot, Pop und Politik – Stefan Liebich und Gäste« mit Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und Dr. Irene Runge, Vorsitzende des Jüdischen Kulturvereins und Tochter von Friedrich Alexa, im Blauen Salon der Brotfabrik Prenzlauer Promenade 3/ Caligariplatz 1, Veranstalter: Helle Panke e.V.

**04. Dezember** 20 Uhr  
„Pro Reli - Für und Wider des Wahlpflichtfaches Ethik/Religion“, beim Politikstammtisch diskutieren Stefan Blauert (Pro Reli) und Stefan Liebich (MdA) das Für und Wider des Wahlpflichtfaches Ethik/Religion in der Berliner Straße 5 im Nachbarschaftshaus (Tram M2 Am Wasserturm)

**05. Dezember** 17 Uhr  
„Weißenseer Gespräche - diesmal zur „Finanzkrise: Welche Folgen hat die Krise für den kleinen Bürger?“, zu Gast: Christoph Sauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Barbara Höll, steuerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Moderation: Stefan Liebich (MdA), Veranstalter: Frei-Zeit-Haus in der Pistoriusstraße 23

**06/07. Dezember** 14 Uhr  
1. Tagung des 2. Landesparteitages, u.a. mit der Neuwahl des Landesvorstandes in der Aula der Max-Taut-Schule, Fischerstraße 36/ Schlichtallee S Nöldnerplatz (Lichtenberg)

**08. Dezember** 18 Uhr  
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

**09. Dezember** 15 Uhr  
Weihnachtsfeier der Linken in Pankow, Geschäftsstelle in der Kopenhagener Straße 76, S und U Schönhauser Allee

**11. Dezember** 18 Uhr  
Basistag DIE LINKE Pankow, Zu Gast: Jochen Scholz, Linksfraktion im Deutschen Bundestag spricht zu den Mandatverlängerungen der Bundeswehr für ISAF und OEF, Thema: „Afghanistan – worum es (nicht) geht“, Geschäftsstelle in der Kopenhagener Straße 76, S und U Schönhauser Allee

20 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle in der Kopenhagener Straße 76, S und U Schönhauser Allee

**22. Dezember** 19:30 Uhr  
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle in der Kopenhagener Str. 76, S und U Schönhauser Allee

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de  
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 21. November 2008  
Druck: double express Auflage: 8.500

**Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 23. Januar 2009**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Sterngucker“ Ossietzkystraße, Andreas Bossmann